Erfolgsmodell mit Keksen

BÜRGERSTIFTUNGEN Sie liegen im Trend – und können ganze Regionen verändern

© Aktive Bürgerschaft

Bürger engagieren sich heute in Deutschland an vielen Orten und zu vielen Themen.

Manchmal ist das Engagement sogar lecker: Bei der Bürgerstiftung Barnim Uckermark etwa. Die hat nämlich vor zwei Jahren Kekse gebacken – und damit im Jahr 2011 den mit 20.000 Euro dotierten „Förderpreis Aktive Bürgerschaft“ gewonnen.

In dem Gebäck in der Form chinesischer Glückskekse waren Zettel enthalten, die mit Kinderrechten bedruckt waren: das Recht auf Bildung etwa, das Recht auf ein gewaltfreies Leben und die Fürsorge ihrer Eltern. Die Bürgerstiftung mit Sitz in Eberswalde setzt sich stark für Kinderrechte ein und will vor allem den Jüngsten die Bedeutung von Demokratie und Rechten nahebringen. Die Idee für die süßen Informationen kam allerdings von den Kindern selbst: Nachdem die sich in einem sozialen Brennpunkt für die Belange ihrer Altersgenossen eingesetzt hatten und schockiert über deren Lebensbedingungen waren, beschlossen sie, Kekse zu backen und auf dem Weihnachtsmarkt zu verkaufen. Der Erlös wurde schließlich in einem weiteren Projekt mit dem Titel „2000 Mäuse winken“ an verschiedene Kinder- und Jugendinitiativen weitergegeben. Inzwischen gab es noch ein weiteres Programm. Bei „Kohle für Coole“ konnten sich Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren mit ihren Ideen zu den Themen „Bewegungsfreiheit – Kunst, Bewegung, Spaß für Alle“ und „Aktiv gegen Mobbing, Gewalt und Rechtsextremismus“ bewerben.

Für Bernadette Hellmann, Projektleiterin Bürgerstiftungen beim Verein „Aktive Bürgerschaft“, ist die Bürgerstiftung Barnim Uckermark damit ein besonders gutes Beispiel dafür, „wie nachhaltig die Arbeit von Bürgerstiftungen sein kann: Über solche Projekte, aus denen immer wieder neue Ideen hervorgehen, kann man wirklich Veränderungen herbeiführen.“ Das sei wichtig, gerade in einer Region wie der Uckermark, die mit dem Problem der Abwanderung junger Menschen zu kämpfen habe. „Und natürlich erleben die Kinder und Jugendlichen, die sich in der Bürgerstiftung engagieren, dass sie selbst etwas bewegen können – und gleichzeitig beweisen sie, dass Kinder unglaublich kreativ und ausdauernd sein können, wenn man sie nur lässt. Die sind in der Lage, Mittel zu beschaffen und Konzepte zu entwickeln und an Dingen dranzubleiben. Das ist wirklich beeindruckend.“

Eigenverantwortlich Immer mehr Bürgerstiftungen gründen sich in Deutschland. Sie sind Zeichen eines grundlegenden Wandels des gesellschaftlichen Selbstverständnisses: Immer mehr Menschen setzen auf Eigenverantwortung und Initiative; wollen nicht mehr auf einen starken Staat warten, der sich um alle Lebensbereiche kümmert. Dabei sind sie ein recht neues Phänomen: 1996 wurde auf Initiative des Unternehmers Reinhard Mohn mit der „Stadt Stiftung Gütersloh“ die erste deutsche Bürgerstiftung nach amerikanischem Vorbild gegründet. Unter dem Motto „Wir für unsere Stadt“ brachte Mohn Menschen zusammen, deren Ziel es war, die Lebensqualität in Gütersloh zu verbessern. Mohn selbst stiftete eine Million Euro als Startkapital, eine zweite folgte schnell von der Bertelsmann AG. Schon das erste Projekt der Stiftung wurde zum Erfolg: Aus dem „Gütersloher Discobus“, der 1997 startete, wurde inzwischen die Nachtbuslinie nach Bielefeld. 2010 wechselte der Name; seither heißt die Stiftung „Bürgerstiftung Gütersloh“. Erst vor wenigen Monaten starteten neue Projekte: Gemeinsam mit dem Klinikum Gütersloh begleitet die Stiftung Patienten mit Demenz. Und „Dialog in Deutsch“ ist ein Angebot an Erwachsene mit Migrationshintergrund, die nicht an Integrationskursen teilgenommen haben, aber ihr Deutsch verbessern und neue Kontakte knüpfen wollen.

Dass seine Stiftung so erfolgreich sein würde, hatte Reinhard Mohn vermutlich gehofft – sicher aber konnte er nicht sein, als er begeistert von der Arbeit amerikanischer Community Foundations gehört und festgestellt hatte, genau das sei es, was Deutschland brauchen könne. Denn während es im angelsächsischen Raum ein großes Selbstverständnis gibt, sich finanziell und ideell zu engagieren, ist die Überzeugung in Deutschland, der Staat werde sich schon um alles kümmern, traditionell viel größer. Mohn glaubte dennoch an das Konzept und trieb die Gründung der Gütersloher Stiftung mit Verve voran.

Inzwischen sind auch viele andere Deutsche von dem Konzept überzeugt. 326 Bürgerstiftungen zählt die „Aktive Bürgerschaft“ in ihrem Länderspiegel aus dem Jahr 2012, mit einem Gesamtkapital von mehr als 208 Millionen Euro. Die Bürgerstiftungen schütteten „mehr denn je für gemeinnützige Zwecke“ aus, heißt es in dem Report: Insgesamt haben sie im Jahr 2011 12,3 Millionen Euro in das lokale Gemeinwohl investiert, 12.000 Ehrenamtliche haben sich mit Zeit und Ideen in den Projekten oder Geschäftsstellen der Stiftungen eingebracht. Und auch die Einnahmen fließen: Mehr als 9,6 Millionen Euro haben Bürger, Unternehmen und Institutionen 2011 an die Bürgerstiftungen gespendet. Dies, so die „Aktive Bürgerschaft“, sei „die höchste Summe an Spendeneinnahmen innerhalb eines Jahres, die Bürgerstiftungen je verzeichnet haben“.

Gemeinnützig Dabei legt die „Aktive Bürgerschaft“ an ihre Zählungen einen strengen Maßstab an. Tatsächlich ist die Zahl der Stiftungen, die unter diesem Label auftreten, weit höher: Weitere 363 Stiftungen nennen sich zwar Bürgerstiftungen, erfüllen aber nicht die „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“. Die sind gewissermaßen das Gütesiegel, das der Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Mai 2000 auf der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen verabschiedet hat. Danach ist eine Bürgerstiftung gemeinnützig und will das Gemeinwohl stärken, sie wird in der Regel von mehreren Stiftern errichtet und ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Ihr Aktionsgebiet ist geografisch auf eine Stadt, einen Landkreis oder eine Region ausgerichtet, sie baut kontinuierlich Stiftungskapital auf und hat einen breiten Stiftungszweck. Bürgerstiftungen fördern Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten, sie machen ihre Arbeit öffentlich, sind Bestandteil lokaler Netzwerke und ihre interne Arbeit ist von Partizipation und Transparenz geprägt. Nach dieser Definition gilt etwa die Deutsche Umweltstiftung, die sich selbst als größte und älteste deutsche Bürgerstiftung bezeichnet, nicht als klassische Bürgerstiftung – weil ihr Stiftungszweck nicht breit genug, sondern auf Umwelterziehung und Umweltschutz begrenzt ist und die Stiftung national wirkt.

Verbindend Dennoch hat die Umweltstiftung etwas, von dem viele „echte“ Bürgerstiftungen vor allem im Osten des Landes nur träumen können: Mehr als 1.800 Stifter und ein Vermögen von rund 150.000 Euro.

im Osten schwieriger ist, hat auch Bernadette Hellmann festgestellt. Sie glaubt, das habe auch mit der jüngeren Geschichte zu tun: „In der DDR gab es ja im Grunde kein zivilgesellschaftliches Engagement. Das war alles verstaatlicht – und vielfach auch verordnet. Vielleicht sind davon viele noch abgeschreckt.“ Grundsätzlich aber, so ihr ermutigendes Fazit, seien die ostdeutschen Bürgerstiftungen finanziell zwar nicht so gut ausgestattet wie die in den alten Bundesländern, „da gibt es aber eine unglaubliche Aktivität in der Projektarbeit und sehr viel ehrenamtliche Mitarbeit.“

Das würde man in Sachsen vermutlich unterstreichen. In Chemnitz etwa rief Sabine Sieble mit ihren Mitstreitern eine „Danke-Card“ ins Leben. Die gewährt Ehrenamtlern besondere Angebote bei städtischen Einrichtungen, Vereinen, Geschäften und Unternehmen. Gleichzeitig organisiert die Chemnitzer Stiftung Senioren-Besuchsdienste und „Sehende Begleitung“ für blinde und sehbehinderte Menschen; außerdem vergibt sie jährlich einen Bürgerpreis an Chemnitzer Vereine und plant einen „Adventskalender für einen guten Zweck“. Daran, dass sie mit der Chemnitzer Bürgerstiftung einmal ein so großes Kapital verwalten kann wie die größte europäische Bürgerstiftung, mag Sabine Sieble nicht glauben: Immerhin hat die britische „Community Foundation serving Gyne & Wear and Northumberland“ ein Gesamtvermögen von mehr als 46 Millionen Euro und konnte bei ihrer Gründung 1991 innerhalb eines Jahres drei Millionen Pfund einwerben. „Das schaffen wir nicht“, lacht Sieble, „aber darum geht es ja auch nicht. Wenn wir Menschen verbinden, die sonst nicht zusammengefunden hätten, und in Chemnitz etwas bewegen können, ist schon viel erreicht.“ *Susanne Kailitz*

Eine solche Bilanz würde Sabine Sieble auch gern vorlegen können. Im Jahr 2007 gehörte die Politikwissenschaftlerin zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerstiftung Chemnitz, seit zwei Jahren ist sie Vorstandsvorsitzende. Es sei vor sechs Jahren schon mühsam gewesen, das Gründungskapital von 35.000 Euro zusammen zu bekommen, erinnert sie sich, und bis heute sei es mühsam, Spenden für die Projekte der Stiftung einzuwerben. 29 Stifter hat ihre Organisation. „Das ist eine Beobachtung, die wir im Grunde in ganz Ostdeutschland machen: Das Konzept des Stiftens ist hier einfach noch nicht so verankert wie in anderen Regionen. Deshalb sind hier auch viele Bürgerstiftungen auf Fördergelder angewiesen.“ Tatsächlich weist der Engagement-Atlas der Prognos AG große regionale Unterschiede aus: Während der Anteil der „engagierten Bevölkerung“ im Allgäu oder der Oberpfalz über 45 Prozent liegt, sind in Ostdeutschland mit 26,5 Prozent viel weniger Menschen engagiert als in Westdeutschland (Schnitt: 36,3 Prozent). Dass die Lage für Bürgerstiftungen

> STICHWORT

BÜRGERSTIFTUNGEN – Das Gemeinwohl im Blick

> **Definition** Der Bundesverband Deutscher Stiftungen einigte sich im Jahr 2000 auf „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“. Unter anderem gehört dazu, dass sie gemeinnützig sind und das Gemeinwohl im Auge haben, ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, ihr geografisch begrenzter Aktionsradius und das Fördern von Projekten, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

> **Themen** Fast die Hälfte ihrer Mittel investieren die Stiftungen in Bildung und Erziehung (47 Prozent), gefolgt von Kunst und Kultur (17 Prozent) und Sozialem (15 Prozent).

> **Vermögen** Die 326 Bürgerstiftungen verfügen über ein Gesamtkapital von 208 Millionen Euro. Mehr als 20 Millionen Euro vertrauten Stifter den Bürgerstiftungen allein im Jahr 2011 an. Mehr denn je schütten die Stiftungen für gemeinnützige Zwecke aus: Insgesamt rund zwölf Millionen Euro im Jahr 2011 (für 2012 liegen die Zahlen noch nicht vor).

> **Spenden** Mehr als 9,6 Millionen Euro haben Bürger, Unternehmen und andere Institutionen 2011 an die Bürgerstiftungen gespendet, bisher die höchste Summe innerhalb eines Jahres seit Gründung der ersten Bürgerstiftung 1996.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Gegen das Greenwashing

DEUTSCHE UMWELTSTIFTUNG »Hoffnung durch Handeln«

Braucht es das wirklich noch? In Zeiten, in denen das Wort „Nachhaltigkeit“ schon fast inflationär benutzt und jedes Kindergartenkind weiß, wie wichtig der Umweltschutz ist: Ist da überhaupt noch eine Umweltstiftung nötig? „Ja natürlich, unbedingt!“, davon ist Jörg Sommer, seit vier Jahren Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung, überzeugt. „Aber tatsächlich haben sich die Gründe, aus denen so eine Stiftung sinnvoll ist, geändert: Während es in den 1980er-Jahren darum ging, Umweltthemen in die gesellschaftliche Diskussion zu bekommen, braucht es heute eine Institution, die darauf achtet, ob es Unternehmen und Staat wirklich ernst ist mit ihren Bekenntnissen zur Ökologie. Da wird nicht selten Greenwashing betrieben.“

Ökologische Schlichtungsstelle Und nicht nur das: In Zeiten, in denen fast jedes große Bauprojekt zu scheitern droht, weil so genannte Wutbürger Einwände aller Art anführen, hält Sommer eine „ökologische Schlichtungsstelle“ für nötig. Häufig nämlich lasse sich auf den ersten Blick nicht unterscheiden zwischen berechtigten Einwänden und egoistischen Eigeninteressen. „Selbst Solaranlagen, Windräder oder Biogasanlagen, die wir für die Energiewende dringend brauchen, lassen sich nur noch mit größtem Aufwand und teils kostspieligen Verzögerungen realisieren.“ Sommer sieht darin im Kern ein großes „kulturelles Missverständnis“: „Auf der einen Seite gibt es die Wahrnehmung, die Unternehmen seien per se böse und umweltfeindlich – auf der anderen Seite gelten Umweltschützer einfach als komplette Irre. Aber wenn Böse mit Irren verhandeln, gibt es naturgemäß kein vernünftiges Ergebnis.“ Hier könnte eine Schlichtungsstelle vermitteln, als neutrale und unabhängige Institution.

Kampagnen für die Energiewende Ein Job also für die Umweltstiftung? 1982 unter dem Motto „Hoffnung durch Handeln“ unter anderem von Erhard Eppler, Günter Grass und Bernhard Grzimek gegründet, ist sie mit inzwischen mehr als 1.800 Stiftern aus der deutschen Stiftungslandschaft nicht mehr wegzudenken. „Wir genießen innerhalb der Umweltbewegung eine große Akzeptanz“, gibt Sommer zu, „aber vermutlich wäre es sinnvoller, wenn eine solche Schlichtungsstelle an eine Stelle angegliedert würde, mit der auch die Unternehmerverbände gut leben können. Der Erfolg einer solchen Instanz steht und fällt mit dem Maß an Akzeptanz, das ihr entgegen gebracht wird.“

Und die Stiftung hat auch so genug zu tun: Neben ihren Bemühungen, über Schülerprojekte das Umweltbewusstsein junger Menschen zu fördern, begleitet sie auch die anstehende Energiewende intensiv. Dabei, so Sommer, werde momentan das Thema der Energieeffizienz sträflich vernachlässigt. „Wenn das Projekt gelingen soll, brauchen wir viel effizientere Energieeinsparungen als bisher. Bislang werden diese durch neue Technologien und Ansprüche im Grunde sofort wieder aufgezehrt.“ Die Stiftung verstehe sich hier als Korrektiv und versuche über Kampagnen auf die Dringlichkeit des Themas aufmerksam zu machen. Weil das Thema Umwelt auch nach 30 Jahren Umweltstiftung noch nicht abgehakt ist. *suk*

Ohne staatliche Aufsicht

KIRCHENSTIFTUNGEN Tradition seit dem Mittelalter

Sowohl der Caritas-Verband als auch die Diakonie Deutschland sind feste, nicht wegzudenkende Bestandteile der freien Wohlfahrtspflege. Die Einrichtungen der katholischen und der evangelischen Kirche finanzieren sich über staatliche Zuschüsse, Gelder aus der Sozialversicherung, der Kirchensteuer und natürlich auch über Spenden. Teilweise aber auch über kirchliche Stiftungen, die in Deutschland schon eine lange Tradition haben. Bereits im Mittelalter gab es sie – lange bevor weltliche Stiftungen bekannt waren.

Sonderrolle Heute nehmen sie unter den Stiftungen eine Sonderrolle ein, da kirchliche Stiftungen grundsätzlich der staatlichen Stiftungsaufsicht entzogen sind und dafür der Aufsicht der jeweiligen Kirchenbehörde nach Kirchenrecht unterstehen. Ihre Tätigkeitsfelder sind vielfältig. Stiftungen mit sozialen Zwecken stellen traditionell den größten Anteil unter den kirchlichen Stiftungen dar. Aber auch die Ausbildung für kirchliche und soziale Berufe, die Verkündung des Glaubens, Hilfe für Kunst, Architektur und Musik im kirchlichen Raum und Kultusstiftungen können die Zwecke kirchlicher Stiftungen sein. So wurde etwa für den Erhalt der Heilig Kreuz Kirche in Essen durch das zuständige Bistum eine Stiftung gegründet, die nur den Zweck verfolgt, die Kirche zu erhalten, um dort auch weiterhin Gottesdienste stattfinden zu lassen. Auch das Geburtshaus von Papst Benedikt XVI. ist im Jahr 2005 in eine Stiftung übergegangen, um das Haus in Marktl am Inn, das zu einem Museum wurde, zu unterhalten.

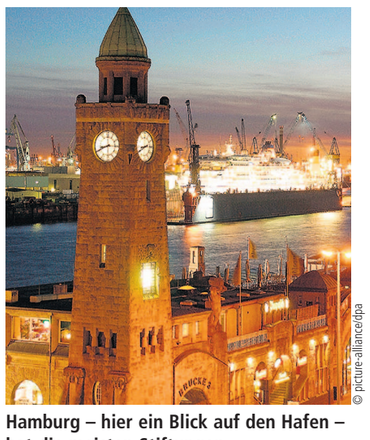
Rechtsfähige kirchliche Stiftungen müssen – wie jede andere Stiftung – im Stiftungsverzeichnis aufgenommen werden. Was mit den Geldern geschieht, die in diese Stiftung fließen, entscheidet aber allein die zuständige Gemeinde oder Kirche. Nur wenn der Stiftungsgründer Angaben dazu gemacht hat, wie die Stiftung arbeiten oder zu welchem Zweck das Geld verwendet werden soll, muss sich die Kirche auch an diese Vorgaben halten. Ob eine Stiftung als kirchliche Stiftung anerkannt wird, hängt vom Stifterwillen und der Zustimmung der Kirche ab. *hau*

Soziales ist sehr beliebt

STIFTUNGEN Ein Überblick über die verschiedenen Arten

Der Stiftungsboom in Deutschland hält an: Ende 2012 gab es hierzulande 19.551 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, 645 davon wurden nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (BDS) im vergangenen Jahr neu gegründet. Deutschland bleibt damit innerhalb Europas Spitzenreiter in Sachen Stiftungsneugründungen.

Was die verschiedenen Arten der Stiftungen angeht, so wird hierzulande mit Blick auf die Rechtsfähigkeit zwischen den rechtsfähigen Stiftungen (bürgerlichen oder öffentlichen Rechts) und den Treuhandstiftungen unterschieden. Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts müssen sich den Regelungen von Paragraf 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches („Entstehen einer rechtsfähigen Stiftung“) unterwerfen. Sie können jedoch auch in der Rechtsform der Stiftungs-GmbH, der Stiftungs-AG oder des Stiftungs-Vereins errichtet werden. Die Politischen Stiftungen beispielsweise sind als Vereine strukturiert.



© picture-alliance/dpa

Hamburg – hier ein Blick auf den Hafen – hat die meisten Stiftungen.

Die Robert Bosch Stiftung – die vermögendste deutsche Stiftung – hat die Rechtsform einer GmbH gewählt.

Eine rechtsfähige Stiftung öffentliches Rechts kann nur durch staatliche Institutionen gegründet werden und verfolgt Zwecke, die von einem besonderen öffentlichen Interesse sind. Beispiele hierfür sind die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ebenso wie die Stiftung Warentest. Hiervon zu unterscheiden ist wiederum die öffentliche Stiftung bürgerliches Rechts. Sie wird nach den Regeln des Privatrechts errichtet und verfolgt Zwecke, die zumindest teilweise dem Gemeinwohl dienen.

Gemeinnützigkeit Von einer gemeinnützigen Stiftung spricht man wiederum, wenn ihr Zweck darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Mit dem Status der Gemeinnützigkeit ist regelmäßig die Steuerbefreiung der Stiftung verbunden. Gemeinnützige Stiftungen sind zudem berechtigt, Spenden entgegenzunehmen. 96 Prozent aller Stiftungen in Deutschland gelten als gemeinnützig. Unter anderem der Robert Bosch Stiftung aber auch der Dietmar Hopp Stiftung wurde dieser Status gewährt.

Die meisten Stiftungen innerhalb Deutschlands gibt es – bezogen auf je 100.000 Einwohner – in den beiden hanseatischen Stadtstaaten Hamburg (74) und Bremen (48), gefolgt von Hessen und Bayern (je 29). Die fünf neuen Bundesländer belegen in dieser Statistik die letzten Plätze.

Beim Stiftungszweck stehen nach Angaben des BDS soziale Belange im Ranking ganz oben (29,7 Prozent). Bildung und Erziehung (15,3) sowie Kunst und Kultur (15,2) werden demnach noch stärker als Wissenschaft und Forschung (12,4) gefördert. Den Umweltschutz erklären 3,8 Prozent der Stiftungen zu ihrem Zweck. *hau*